

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 07.02.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 07.02.2013
Beginn: 17:40 Uhr
Ende: 20:46 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

bis 19.30 Uhr, Ziffer 3.2

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Andrea Schmidt
ProKT-Stadtratsgruppe
Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt
fraktionslos
2. Bürgermeister Werner May
Schriftführer/in
Verwaltungsfachwirt Herbert Müller
Berichterstatter
Torsten Fischer
Bauamtsleiter Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Klaus Günther
CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Thomas Rank
Ortssprecher
Ortssprecher Dieter Pfreuzinger
Ortssprecherin Anna Schlötter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Auftragsvergaben

**1.1. Mittelschule Kitzingen Siedlung,
Energetische Sanierung/ Brandschutz;
hier: Auftragsvergabe nach VOB
- Abbruch und Entsorgung von Holzdecken**

beschlossen dafür 29 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für Abbruch und Entsorgung von Holzdecken an der Mittelschule Kitzingen Siedlung wird an die Firma Gerold Engist, Marktbreit vergeben.

Die geprüfte Angebotssumme beträgt 25.878,57 € (brutto).

2. Umbauplanung E-Center an der Mainbernheimer Straße

Herr Köhler, Regionalleiter EDEKA Nordbayern geht anhand einer Präsentation auf die Umbau- bzw. Umgestaltungspläne des E-Centers in Kitzingen ein. Dabei stellt er folgende Eckpunkte dar:

- Verlagerung des bestehenden Getränkemarktes in die Verkaufsfläche des E-Centers
- Reduzierung der Verkaufsfläche um 4.000 qm und Konzentration auf das Kerngeschäft der Lebensmittel
- Wegfall vieler Non-Food Artikel
- Fachmärkte (C+A, Deichmann, Mister & Lady Jeans) bleiben unverändert bestehen.
- Schaffung eines Elektrofachmarktes auf der Fläche des gegenwärtigen Getränkemarktes
- Errichtung eines weiteren Eingangs im Bereich der B 8 mit Blick auf die Parkplatznutzung in diesem Bereich
- Errichtung eines Liefereingangs für das Getränkesortiment an der Seite B 8
- Die Shops bleiben bis auf einzelne Veränderungen bestehen
- Umsetzung des Farb- und Gestaltungskonzept von EDEKA
- Verbreiterung der Parkplätze auf 2,70 m
- Optische wie bauliche Anpassung der Fassade
- Erneuerung der Kunden-WC's

Er erklärt, dass der Bauantrag bereits gestellt wurde und die Maßnahme im Sommer begonnen werden soll.

Stadtrat Popp möchte wissen, ob der Ausbau senioren- und behindertengerecht erfolge.

Herr Köhler bejaht dies und erklärt, dass auch die Beschriftungen entsprechend erfolgen und im Sortiment mit Blick auf die Verpackungseinheiten darauf geachtet werde.

Stadträtin Kahnt wundert sich, dass eine städtebauliche Verträglichkeitsanalyse erstellt werden soll und möchte wissen, wer die Kosten hierfür übernehme.

Herr Köhler erklärt, dass diese Analyse die Firma EDEKA als Auftragsgeber bezahle.

Stadträtin Schmidt kritisiert den Standort des Elektrofachmarktes im Bereich des E-Centers, da dieser ihrer Auffassung nach zentrenrelevant sei. Darüber hinaus bemängelt sie, weshalb das Instrument des Bebauungsplanverfahrens, welches von Stadt+Handel zur Sicherung bzw. Einschränkung von Gebieten empfohlen werde, nicht ausgenutzt werde.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass ein Bebauungsplanverfahren mit Blick auf die weiteren Märkte im Umkreis (Penny, Aldi, Fressnapf) kritisch sei und man zur Wahrung dieser Verantwortung eine städtebauliche Verträglichkeitsanalyse durchführen werde, bei der ebenfalls die Träger öffentlicher Belange einbezogen werden.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, wie sich die Personalsituation mit Blick auf die Reduzierung ändere.

Herr Köhler erklärt, dass es nur eine geringfügige Reduzierung der Gesamtfläche gebe, da insbesondere durch den Elektrofachmarkt lediglich eine Umnutzung erfolge.

Wie es sich insgesamt auswirke, könne er noch nicht sagen, da auch der Zuspruch des Marktes mit Blick auf das Auffüllen des Sortiments bei der Personalplanung berücksichtigt werden müsse.

Stellungnahmen den Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion begrüßt die Veränderungen des E-Centers, insbesondere den dritten Eingang sowie die Reduzierung der Werbeanlage heißt er gut. Seiner Auffassung nach stehen die Planungen im Einklang mit dem Zentrenkonzept, weshalb die UsW dem Vorhaben zustimmen wird.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser bedankt sich für die Investition in den Standort Kitzingen und begrüßt die dargelegten Veränderungen. Die CSU wird dem Vorhaben ebenfalls zustimmen.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul gibt ebenfalls ihre Zustimmung zum Vorhaben und hofft, dass es zu keiner Reduzierung der Arbeitsplätze komme.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp begrüßt ebenfalls die vorgestellten Veränderungen und stellt fest, dass zu den Anfangszeiten des E-Centers ebenfalls ein Elektronikfachmarkt integriert war und insofern Bestandschutz gelten müsste. Die FW-FBW stimmt dem Vorhaben ebenfalls zu.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp verweist auf die eingeholten Stellungnahmen und begrüßt ebenfalls die Veränderungen. Er schlägt vor, einen Belieferungsdienst für Senioren einzuführen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt verweist auf das bestehende Zentrenkonzept und erklärt, dass Elektronikartikel zentrenrelevant seien. Ihrer Auffassung nach wäre dieser Fachmarkt in der Innenstadt sinnvoller. Darüber hinaus hätte man mit EDEKA in der Form verhandeln sollen, dass eine innenstädtische Nahversorgung wieder angesiedelt werden könnte.

Sie kann sich dem Vorhaben nicht anschließen, da es sich um keine integrierte Lage handle.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm verweist auf die gute und zentrale Lage zwischen Innenstadt und Siedlung und begrüßt die Veränderungen ebenfalls, weshalb ProKT dem Vorhaben zustimmen werde.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May gibt ebenfalls seine Zustimmung zum Vorhaben.

beschlossen

dafür 28 dagegen 1

1. Der Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Bauvorhaben in der vorgelegten Form, vorbehaltlich einer positiven städtebaulichen Verträglichkeitsanalyse, zu.

3. Anträge von Fraktionen und Gruppen

3.1. KIK-Antrag 127 auf Durchführung von zwei Besichtigungsterminen in den Marshall Heights

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Verwaltung auf die BIMA hinsichtlich einer Besichtigung der Marshall Heights zugegangen sei. Die BIMA könne eine solche nur unter der Woche vorstellen und lehne eine Führung am Wochenende ab.

Einen weiteren „Tag der offenen Tür“ lehne die BIMA ab.

Bürgermeister Christof als Antragssteller ist der Auffassung, dass man einen Besichtigungstermin für die Stadträte mit Nachdruck bei der BIMA einfordern sollte, welcher unbedingt an einem Wochenende und vor einer Entscheidung im Stadtrat stattfinden müsse. Darüber hinaus stellt er fest, dass der Zuspruch beim ersten „Tag der offenen Tür“ sehr groß war. Außerdem sei es erforderlich, dass den Stadträten sämtliche vorhandene Unterlagen vorgelegt werden. Das Hauptaugenmerk der Besichtigung sollte seiner Auffassung nach bei den Zweckbauten (z. B. Schule, Kindergarten, Halle, Bowling-Center) liegen.

Er bittet um Zustimmung seines Antrages auf Besichtigung der Marshall Heights sowie auf Durchführung eines weiteren „Tag der offenen Tür“.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Besichtigung der Marshall Heights, wobei die Auffassung vertreten wird, dass die bloße in Augenscheinnahme nicht zielführend sei, nachdem eine Aussage zu möglichen Schadstoffen sowie zum Zustand der Infrastruktureinrichtungen benötigt werde. Im Grunde können die Redner eine Besichtigung befürworten. Im Rahmen der Diskussion wird unter anderem der Umgang der BIMA kritisiert, der gegenüber der Stadt als möglichen Kaufinteressenten angewandt werde. Darüber hinaus wird über das Erstzugriffsrecht beraten und der Unmut geäußert, dass bislang noch keine Aussage zum Kaufpreis getroffen werden könne, was für die Entscheidung, ob man das Erstzugriffsrecht in Anspruch nehmen oder nicht, sehr wichtig sei. Stadtrat Pauluhn kritisiert dieses Vorgehen seitens der BIMA, nachdem man einen Preis für die Entscheidung benötige und seiner Auffassung nach normales Geschäftsgeparden anders aussehe.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass zunächst die Stadt definieren müsse, in welche Richtung es gehen könne und erst nach einer Beschlussfassung zum Erstzugriffsrecht eine Kaufpreisermittlung seitens der BIMA erfolge.

Die Besichtigung müsse nach Auffassung von Oberbürgermeister Müller vor einer Entscheidung im Stadtrat erfolgen, wobei es sich nur um eine in Augenscheinnahmen handeln könne.

Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Schluss der Debatte und kritisiert, dass sich die Wortbeiträge nicht zum Antrag richten, sondern allgemein über das Thema Marshall Heights diskutiert werde.

beschlossen **dafür 26** **dagegen 3**

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter besteht Einverständnis.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Besichtigung und diese mit Blick auf das Erstzugriffsrecht im Grund befürwortet werde. Der Tag der offenen Tür wird von den Rednern jeweils abgelehnt. Es sei außerdem notwendig, dass sämtlichen Stadträten die bestehenden Unterlagen hinsichtlich des Zustandes der Gebäude vorgelegt werden. Mit Blick auf die öffentliche Bedeutung bzw. Diskussion müsse der richtige Zustand auch in der Bevölkerung beraten werden.

Stadträtin Schmidt möchte mit Blick auf die Sitzung des Stadtentwicklungsbeirates wissen, ob hierbei alle Stadträte ein Rederecht haben werden.

Stadtrat Schmidt als Konversionsreferent, der gemeinsam mit Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent die Sitzung des Beirates leiten wird, erklärt, dass im Vorfeld eine Tagesordnung mit ausführlichen Erläuterungen versandt werde und die Fraktionen die Fragen entsprechend über ihr Mitglied im Beirat stellen können. Ein Rederecht für sämtliche Stadträte sei nicht vorgesehen.

Mit Blick auf die Diskussion (pro Besichtigung/gegen Tag der offenen Tür) schlägt Stadtrat Lorenz vor, über beide Punkte getrennt abstimmen zu lassen.

Bürgermeister Christof lehnt dies als Antragssteller ab.

abgelehnt **dafür 11** **dagegen 18**

1. Es besteht Einverständnis, zeitnah eine Intensive Besichtigung der Zweckeinrichtungen durch den Stadtrat unter Hinzuziehung von Fachleuten im Bereich Bautechnik, Infrastruktureinrichtungen, LKW, BauGmbH und Regierung von Unterfranken bis Ende Januar durchzuführen, um konkrete Situationen verbindlich verifizieren zu können.
2. Es besteht Einverständnis zur Durchführung eines >Tages der offenen Türe< für die Öffentlichkeit, verbunden mit einer umfassenden Information der Bürger über die Ziele der Stadt. Diese Veranstaltung dient ggf. auch zur Vorbereitung eines möglichen Bürgerentscheides und sollte bis Mitte März abgeschlossen sein.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass er gleichwohl auf die BIMA zugehen werde, um einen entsprechenden Termin mit der BIMA für die Besichtigung der Marshall Heights im Vorfeld der Sondersitzung an einem Samstag zu vereinbaren.

3.2. KIK-Antrag 128 auf Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess über Möglichkeiten des Ankaufs und der Verwendung der Marshall Heights mittels Bürgerentscheid

Bürgermeister Christof geht ausführlich auf seinen Antrag auf Durchführung eines Ratsbegehrens ein. Er stellt dar, dass mit der Übergabe der Entscheidung auf die Bürgerinnen und Bürger diese auf eine breite Basis gestellt werde. Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit, mit Bürgerversammlungen bzw. einer Ausstellung in der Rathaushalle die Bürger entsprechend im Vorfeld der Entscheidung zu informieren. Er bittet um Zustimmung seines Antrages.

Verwaltungsrat Hartner geht ausführlich auf die zwei Möglichkeiten ein, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Der einfachere Weg sei das Ratsbegehren, bei dem der Stadtrat mit Beschlussfassung die Entscheidung auf die Bürger überträgt. Dabei müsse jedoch die Frage, welche mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden müsse, bereits feststehen. Beim vorliegenden Antrag sei dies nicht der Fall. Der zweite und aufwendige Weg sei das Bürgerbegehren, bei dem die Initiative von Bürgern ausgehen müsse und rund 1.200 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern benötigt werden. Der Stadtrat entscheide im Folgenden über die Zulässigkeit.

Bürgermeister Christof verweist hinsichtlich der Fragestellung, dass er diese bewusst offen gehalten habe und dem Stadtrat die Möglichkeit bieten wollte, sich bei der Fragestellung zu beteiligen. Er schlägt vor „Die Marschall Heights werden erworben“, wobei die Formulierung auch negativ erfolgen könne.

In diesem Zusammenhang verweist Verwaltungsrat Hartner, dass bei der Zulässigkeitsprüfung auch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet werden müsse.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass der Erwerb nicht zwingend über den städtischen Haushalt abgewickelt werden müsse, sondern es auch verschiedene Investitionsmodelle gebe. So könne ein Investor die gesamte Fläche erwerben und die Stadt erwerbe lediglich die Zweckbauten (Kindergarten, Halle usw.). Durch den möglichen Erwerb würden Mittel für den Bau vom Hort bzw. der Mehrzweckhalle im Haushalt nicht mehr benötigt werden.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass die Verwaltung auch verschiedene Finanzierungsmodelle im Hinterkopf habe und mit Blick auf die Leistungsfähigkeit ein gesamter Erwerb über den städtischen Haushalt nicht möglich sei.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass dieser Beschluss in heutiger Sitzung nicht gefasst werden könne, nachdem keine Aussage zu den Kosten und den Lasten getroffen werden könne, auch wenn er im Grunde das Instrument des Bürgerbegehrens befürworten würde.

Stadträtin Richter möchte wissen, wie die Aussage im Sachvertragsprotokoll hinsichtlich der „entgegenstehenden Entscheidungen“ zu verstehen sei.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass das Gremium nach Beschlussfassung des Ratsbegehrendes keine der Fragestellung entgegengesprechende Entscheidung treffen dürfe.

Stadtrat Weiglein stellt mit Blick auf eine gegenstehende Entscheidung fest, dass dann eine Information an die BIMA bis zum 21. Mai nicht möglich sei. Im Grunde erachte er das Instrument des Bürgerentscheids für diese umfassende Entscheidung als sinnvoll, gleichwohl könne er dem Beschluss nicht zustimmen, da mit Blick auf das komplexe Verfahren seiner Auffassung nach keine entsprechende Frage formuliert werden könne.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sinnvollerweise dieser Antrag erst nach der Sondersitzung behandelt werden sollte.

Auf die Frage aus dem Gremium, ob der Antragssteller seinen Antrag zurückstellen werde, verneint dies Bürgermeister Christof.

abgelehnt

dafür 8 dagegen 20

Die Kitzinger Bevölkerung ist in den Entscheidungsprozess über die Möglichkeit des Ankaufs und der Verwendung der Marshall Heights mit einzubeziehen, es findet ein Bürgerentscheid nach Art 18 a Abs. 2 BayGO statt.

**3.3. SPD-Antrag vom 04.11.2012
Betreff: Treppe Nordbrücke**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlussfassung im Finanzausschuss am 17.01.2013, in der der Antrag abgelehnt wurde. Stadtrat Heisel erklärt, dass ihm die gegenwärtige Planung zu überdimensioniert sei und er sich an dieser Stelle eine einfachere Lösung vorgestellt habe. Er bittet insofern nochmals eine Prüfung vorzunehmen.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die Formulierung im Antrag, wonach von einer Treppe gesprochen wurde. Er schlägt vor, im Nachgang nochmals eine Prüfung hinsichtlich einer einfacheren Lösung vorzunehmen.

Stadtrat Heisel ist damit einverstanden. Gleichwohl bleibe der Antrag nun bestehen, worüber Oberbürgermeister Müller bittet, abzustimmen.

abgelehnt

dafür 5 dagegen 23

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Zwischen der Sanitärstation des Wohnmobilstellplatzes vor der Nordbrücke und dem bestehenden Fußweg hinter dem Bayernheim wird eine Treppe gebaut.

**3.4. SPD-Antrag vom 04.11.2012
Betreff: Festplatz Bleichwasen**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlussfassung im Finanzausschuss am 17.01.2013, in der der Antrag abgelehnt wurde. Seine Zusage, den Platz bestmöglich seitens des Bauhofes bzw. der Gärtnerei herrichten zu lassen, habe weiterhin bestand.

abgelehnt

dafür 6 dagegen 22

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Festplatz wird so hergerichtet, dass bei Betrieb keine „Schlammwüste“ entsteht.

**3.5. KIK-Antragspaket mit 5 Einzelanträgen Nr. 119/10/12 - 123/10/12
Mittelfristige Optimierung der Kläranlage Kitzingen - Rahmenbedingungen**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der KIK und ist der Auffassung, dass sich die Ziffer 3 der Einzelanträge (Antrag Nr. 120/10/12) mit der Beschlussfassung vom 24.01.2013 auf Ausverhandlung von Zweckvereinbarungen mit den Partnergemeinden erledigt habe.

Bürgermeister Christof geht im Folgenden ausführlich auf seine Anträge ein und erläutert jeweils die Hintergründe. Mit Blick auf eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Anlage sowie der Einnahme einer Vorreiterrolle bittet er sein Antragspaket zu beschließen. Den Vorschlag des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes auf Reduzierung der Anlage sollte man nicht verfolgen.

Nach kurzer Diskussion und erneuter Zusage des Oberbürgermeisters bestätigt Bürgermeister Christof, dass sich die Ziffer 3 mit dem Beschluss des Stadtrates vom 24.01.2013 erledigt habe.

Oberbürgermeister Müller verdeutlicht, dass eine Reduzierung der Kläranlage seitens der Verwaltung nicht verfolgt werde.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Antrag Nr. 119/10/12 Erweiterungsflächen der Kläranlage
Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung für die zur Erweiterung der Kläranlage zur Verfügung stehenden Flächen mit staatlichen Behörden zu verhandeln zum Zweck der Erwirkung der Genehmigung zur Erweiterung.
3. Antrag Nr. 121/10/12 Einwohnergleichwerte
Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung von einem Rückbau der Kläranlage endgültig Abstand zu nehmen. Stattdessen sind alle Anstrengungen zu unternehmen durch eine „Kommunale Verbundlösung“ eine höhere und effektivere Auslastung der bestehenden Anlage zu erreichen. Hierzu ist seitens der Stadtverwaltung eine Liste von möglichen Beitrittspartnern zu erarbeiten.
4. Antrag Nr. 122/10/12 Mittel- und langfristiges Ausbaukonzept der Kläranlage
Der Stadtrat beschließt, die durch bereits beschlossene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu erzielende Eigenüberschüsse direkt und indirekt zur ökologischen Aufrüstung der Abwasserreinigungssysteme und der Klärschlammverwertung schrittweise zu nutzen.
Ein geeignetes Fachbüro ist umgehend nach Beschlussfassung im Stadtrat zu beauftragen, als ersten Schritt die Integration einer zusätzlichen Reinigungsstufe zu planen, sowie die thermische Verwertung der anfallenden Klärschlämme mit angeschlossener Phosphorextraktion aus der Klärschlammmasse zu projektieren.
5. Antrag Nr. 123/10/12 Thermische Behandlung von Klärschlamm
Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bereits jetzt die Planungen zur Erweiterung der Kläranlage mit Varianten zur Erreichung einer thermischen Verwertung von Klärschlamm zu vergeben. Ein geeignetes Planungsbüro ist mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes zu beauftragen.

3.6. **Antrag der SPD-Fraktion vom 22.12.2012; hier: Antrag auf Änderung der Plakatierungsverordnung**

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf die Vielzahl der Wahlen im Jahr 2013 und 2014 und auf die Notwendigkeit der Beschränkung von Plakaten. Sie verweist auf Plakatwände, die in gleichen Teilen auf die Parteien und Wählergruppen aufgeteilt werden können. Darüber hinaus können die Plakatwände dauerhaft genutzt werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag, wobei die Mehrheit sich gegen die vorgeschlagene Reglementierung ausspricht.

abgelehnt **dafür 7** **dagegen 21**

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

1. Der § 1 der Plakatierungsverordnung ist um folgende Absätze zu ergänzen:

Vor Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie vor Bürgerentscheiden werden von der Stadt Kitzingen Plakatsäulen und / oder Anschlagtafeln an zentralen Orten aufgestellt, die ausschließlich für Wahlplakate bestimmt sind. Die Werbefläche ist pro Partei bzw. Wählergruppe auf 1,0 m² beschränkt.

Wahlplakate und ähnliche Anschläge können bei

Europawahlen	6 Wochen vor dem Wahltermin
Bundestagswahlen	6 Wochen vor dem Wahltermin
Landtagswahlen	6 Wochen vor dem Wahltermin
Kommunalwahlen	6 Wochen vor dem Wahltermin
Volksbegehren	während der Dauer der Auslegung der Eintragslisten
Volksentscheiden	4 Wochen vor dem Abstimmungstermin

an den Plakatsäulen und / oder Anschlagtafeln gemäß § 1 angebracht werden.

Diese Werbemittel müssen innerhalb einer Woche nach der Wahl wieder entfernt werden.

2. Der § 2 entfällt.

3.7. **Antrag der CSU - Stadtratsfraktion zur Stadtentwicklung vom 15.03.2012 Innenstadt attraktiver gestalten und die Aufenthaltsqualität steigern**

Stadtrat Moser geht ausführlich auf den Antrag der CSU ein und bittet um Zu-

stimmung.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass der Antrag bei der Prioritätensitzung nicht auf die Prioritätenliste gesetzt wurde und insofern behandelt sei. Eine erneute Antragsstellung sei ihrer Auffassung nach zum nächsten Haushalt möglich. Sie weist im Übrigen darauf hin, dass für Planungsleistungen sowie für die Sanierung des Kiliansbrunnen Haushaltsmittel vorgesehen seien.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass mit der Beschlussfassung lediglich die Planung beschlossen werde und es sich nicht um Maßnahmebeschlüsse handle.

beschlossen dafür 20 dagegen 8

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt dem Stadtrat für folgende Bereiche Planungsvorschläge zu erarbeiten und dem Stadtrat zu unterbreiten:
 - Sanierung des Königsplatzes
 - Sanierung der maroden Bürgersteige in der Kaiserstraße
 - Innerstädtische Übergänge in die Fußgängerzone bzw. Verbindungswege
 - Sanierung Marktplatz mit Kiliansbrunnen
 - Der grausame Schilderwald ist endlich zu beseitigen und zu ordnen
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alternative Planungsvorschläge und städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie Kosten für die Maßnahmen zu ermitteln.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Berücksichtigung der städtebaulichen Fördermittel entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt einzustellen.

4. Antrag von Bürgermeister Christof auf Beendigung der Sitzung

Bürgermeister Christof beantragt mit Blick auf eine noch nötige nichtöffentliche Diskussion die Beendigung der Sitzung.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die übrigen Punkte ohne Diskussion beschlossen werden könnten, weshalb er die Tagesordnung abschließen möchte. Hiermit besteht Einverständnis.

5. Antrag des Landkreises Kitzingen auf Kostenbeteiligung an der Kinderbetreuungseinrichtung "Rappelkiste"

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die niederschwellige Elternarbeit in der „Rappelkiste“ mit jährlich 2.000 € zu bezuschussen.

Vom Landkreis Kitzingen ist vor Auszahlung ein Defizitnachweis vorzulegen.

**6. Kalkulation der getrennten Abwassergebühr für die Jahre 2013 - 2017;
Einleitungsgebühr für Schmutz- und Niederschlagswasser**

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Die Festsetzung der Gebühr erfolgt für den Zeitraum 01.04.2013 - 31.03.2017.
Sie besteht aus einer Gebühr für Schmutzwasser und für Niederschlagswasser.

1. Die Einleitungsgebühr für Schmutzwasser wird bei 2,05 €/m³ belassen.
2. Die Einleitungsgebühr für Niederschlagswasser wird bei 0,24 €/m² belassen.

**7. Beschaffung von Strom für die öffentlichen Gebäude der Stadt Kitzingen;
Teilnahme der Stadt Kitzingen an der Bündelausschreibung des Bay. Gemeindetages**

beschlossen dafür 23 dagegen 5

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH den vorgelegten Dienstleistungsvertrag über die Vorbereitung und Durchführung einer Bündelausschreibung für die Lieferung von elektrischer Energie über ein web-basiertes Beschaffungsportal abzuschließen. Er kann hierzu Untervollmacht gemäß Art. 38 Abs. 2 Satz 3 GO erteilen.
3. Die Stadt Kitzingen überträgt die Aufgabe der Ausschreibung von Lieferleistungen für elektrische Energie für die Lieferjahre 2015 bis 2016, die alle verfahrensleitenden Entscheidungen umfasst, auf den Bayerischen Gemeindetag als ausschreibende Stelle.
4. Es soll im Rahmen der Bündelausschreibung Normalstrom“ (Ökostromanteil je nach Stromlieferant unterschiedlich) beschafft werden.
5. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 3.000,00 € werden im Rahmen einer Haushaltsüberschreitung bei HSt. 0.6101.6357 zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:46 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt